

Ein einmaliges, originäres Relikt

Überlegungen zur „Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße, Potsdam“

Peter Erler

Am 28. März 2009 wurde im ehemaligen sowjetischen Geheimdienstgefängnis in der Potsdamer Leistikowstraße 1 eine offizielle, staatlich geförderte Gedenkstätte eröffnet. Dieses Ereignis fand ein Jahr später als eigentlich vorgesehen statt. Daß es letztlich dazu kam, ist hauptsächlich dem jahrelangen, vorwiegend ehrenamtlichen beharrlichen Engagement der Mitglieder von Memorial Deutschland e. V. und der Arbeitsgemeinschaft „Gedenk- und Begegnungsstätte ehemaliges KGB-Gefängnis Potsdam Leistikowstraße 1 e. V.“ sowie vielen anderen, an einer basisdemokratisch organisierten Aufarbeitung der deutschen Nachkriegsgeschichte interessierten Personen zu verdanken. Dabei mußten sie auch gegen die Vorbehalte von Potsdamer Politikern und anderen lokalen Kräften ankämpfen, die dem Projekt ablehnend gegenüberstanden.

Der Autor setzt sich bereits seit längerer Zeit mit der Geschichte des Gefängnisses auseinander. In diesem Zusammenhang war er an der inhaltlichen Gestaltung einer Ausstellung, die im Mai 2000 von Memorial Deutschland e. V. eröffnet wurde, beteiligt. Ende 2004 beauftragte ihn die Stadt Potsdam mit einer wissenschaftlichen Expertise. Bewertet werden sollten der baugeschichtliche Befund und die historische Bedeutung des Haftortes. Zudem sollte eine Einordnung der geplanten musealen Einrichtung in die entsprechende Gedenkstättenlandschaft des Landes Brandenburg bzw. der Bundesrepublik erfolgen. Im folgenden Beitrag möchte der Autor in knapper Form einige Überlegungen zur Gestaltung einer zukünftigen Dauerausstellung in der Leistikowstraße darlegen und damit zur kritischen Begleitung des Gedenkstättenprojekts anregen.

Bemerkungen zur Problemlage

Bei dem Gebäude des ehemaligen Untersuchungsgefängnisses der militärischen Spionageabwehr der UdSSR handelt es sich um ein einmaliges, originäres Relikt, das eine wesentliche Seite der ambivalenten und einseitig dominierten ostdeutsch-sowjetischen Beziehungen in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts verkörpert. Seine erhaltene, bedrückend und zugleich konfrontativ wirkende Authentizität vermittelt einen starken emotionalen Eindruck von der ursprünglichen Haftsituation und vom Leiden der Gefangenen. Die Gedenk- und Begegnungsstätte sollte die überlieferten Spuren und Hinterlassenschaften dieses historischen Ortes für eine breite Öffentlichkeit zugänglich machen, Informationen über historische Fakten und Zusammenhänge in den zeitgeschichtlichen Kontext einordnen sowie ein Gedenken an verstorbene Insassen ermöglichen. Bei der Realisierung einer Dauerausstellung muß eine Reihe spezifischer Gegebenheiten und Sachverhalte berücksichtigt werden. Sie betreffen unter anderem die Doppelfunktion des Gebäudes als Ausstellungsraum und Ausstellungsobjekt, die Forschungs- und Quellenlage sowie die zu erwartende Besucherzahl.

Das als Untersuchungsgefängnis genutzte und jetzt unter Denkmalschutz stehende Haus in der Leistikowstraße 1 ist das zentrale und primäre Ausstellungsexponat. Deshalb ist es ratsam, auf komplizierte, die Bausubstanz in Mitleidenschaft ziehende Informationsträger zu verzichten und diese sehr zurückhaltend zu gestalten. Dieser Hinweis gilt insbesondere für die Kelleretage, wo die Eingriffe durch „Erläuterungstafeln“ auf das

notwendige Minimum zu reduzieren wären. Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß die vorgesehenen raumklimatischen Bedingungen von etwa 5 Grad Celsius den Einsatz von Objekten sehr einschränken und spezielle Anforderungen an die Feuchtigkeitsresistenz der zur Verwendung kommenden Materialien stellen.

Der Forschungsstand und die Quellenlage zur Geschichte des ehemaligen Geheimdienstgefängnisses sind stark defizitär. Eine wissenschaftliche Gesamtdarstellung zur Geschichte des Haftortes liegt bislang nicht vor. Einige kleinere Publikationen stützen sich überwiegend auf die bisher ausgewerteten mündlichen und schriftlichen Erinnerungsberichte und Nachlässe von Zeitzeugen. Nach Sachakten in deutschen und vor allem in russischen Archiven wurde bisher nicht systematisch recherchiert. Erhebliche Forschungslücken betreffen vor allem die normativen Vorgaben der Gefängnisbetreiber, das sowjetische Personal sowie die aus der UdSSR stammenden Häftlinge. Bevor aufwendige und wenig erfolversprechende Anfragen direkt an Moskauer Institutionen gerichtet werden, sollten zunächst die Sammlungsbestände von Internierungslagergedenkstätten, diverse Archivbestände in Dresden, des Bundesarchivs und des DRK-Suchdienstes durchforscht werden, und es sollte eine Kooperation mit kompetenten Partnern von Memorial Rußland angestrebt werden. Ein weiteres Quellen- und Rechercheproblem unmittelbar am historischen Ort betrifft die Erfassung, Dokumentation, Auswertung und Sicherung der Wandinschriften, Zeichnungen und „Graffiti“ in der Kelleretage.

Bei den zukünftigen Ausstellungsbesuchern wird es sich hauptsächlich um in Gruppen anreisende Touristen und Gäste der Stadt Potsdam aus dem In- und Ausland handeln sowie um Jugendliche und Schulklassen aus Berlin und dem Land Brandenburg. Entsprechende Werbung an den Bildungseinrichtungen und Betreuung durch den gedenkstättenpädagogischen Dienst vorausgesetzt, könnten letztere sich zu einem der größten Kontingente entwickeln. Bei den meisten Personen aus den alten Bundesländern, den Jugendlichen und den Ausländern werden die Ausgangskennnisse über den Ausstellungsgegenstand sehr gering sein, so daß selbst einfache Begriffe und Zusammenhänge erklärt werden müssen. Diese Gegebenheiten sollten bei dem Darbietungskonzept der Exposition, der Abfassung von Erläuterungstexten, der didaktischen Herangehensweise sowie beim Einsatz niveauvoller Museumstechnik und neuer Medien Berücksichtigung finden. Die Leistikowstraße darf keine rückwärtsgewandte, ritualisierte, starr auf die Vergangenheit fixierte museale Einrichtung werden. Hier sollte eine lebhafte und streitbare Auseinandersetzung mit der Geschichte stattfinden. Es bietet sich geradezu an, an diesem authentischen Ort in gemeinsamen Veranstaltungen etwa mit der Landeszentrale für politische Bildung oder Amnesty International Brücken in die Gegenwart zu schlagen und zum Beispiel das Thema Menschenrechtsverletzungen in Armeen und durch Besatzungsmächte mit aktuellen Bezügen zu diskutieren. Hierbei sollten die eingangs erwähnten Fördervereine mit ihren in- und ausländischen Partnern eine aktive Rolle spielen. Um die Leistikowstraße zu beleben sowie um ihrem Charakter als Begegnungsstätte gerecht zu werden, wäre es zweckvoll, die Dauerausstellung regelmäßig mit Sonderexpositionen zu begleiten.

Vorschlag zur inhaltlichen Strukturierung der Dauerausstellung

Die Überlegungen des Autors gehen dahin, die Präsentation in zwei Vermittlungsebenen zu untergliedern. Die Informationsmodule in der einen Ebene erläutern die ehemalige Funktion der Räume im Gebäude und von Örtlichkeiten im Außenbereich sowie die baulichen Veränderungen (Ebene 1). Die eigentliche Ausstellung bildet die Ebene 2.

Es wird vorgeschlagen, sie in sieben Themenschwerpunkte aufzuteilen. Davon widmen sich drei Komplexe der Darlegung historischer Sachverhalte, welche für das Verständnis der spezifischen Funktion des Gefängnisses sowie für seine Einordnung in komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge notwendig sind (Thema 1, 2, 7). Die anderen vier Themen orientieren sich an der biographischen Dimension und folgen dem Leidensweg der ehemaligen Gefangenen, der sich in der Leistikowstraße fokussiert hat (Thema 3 bis 6). Die historische Faktenlage sollte hier konsequent aus der Sicht der Betroffenen vermittelt werden. Diese Herangehensweise korrespondiert mit einem wichtigen Teil des bisherigen Selbstverständnisses der Leistikowstraße als Erinnerungs- und Gedenkort. Gleichzeitig wird dadurch dem Umstand Rechnung getragen, daß die Erinnerungen der Gefängnisinsassen die bisher wichtigste erschlossene Überlieferungsquelle darstellen.

Im Gegensatz zu anderen Überlegungen, die die Porträtierung der Gefängnisinsassen in Wort, Foto oder Film als eigenständigen Ausstellungsteil sehen, beabsichtigt dieses Konzept, die Biographien und biographischen Elemente (Zitate, Auszüge aus Dokumenten usw.) von „Opfern“ und „Tätern“ den sieben Themenschwerpunkten zuzuordnen. Bisher liegen zu über 130 deutschen ehemaligen Untersuchungsgefangenen der Leistikowstraße biographische Materialien vor. Dabei handelt es sich um mit Tonband und Kamera aufgezeichnete Interviews, Erinnerungsberichte, Sachakten, anderes Schriftgut, Fotomaterial und recherchierte Kurzbiographien. Einige Zeitzeugen haben ihre Leidensgeschichte mittlerweile auch publiziert. Viele Betroffene und Hinterbliebene sind bereit, Originalunterlagen und Objekte an die Gedenkstätte zu übergeben. Für die Zeit ab 1955 sind allerdings nur von zehn sowjetischen Häftlingen die politische Repression und der Zwangsaufenthalt in der Leistikowstraße dokumentiert. Für die inhaltliche Gestaltung der zukünftigen Ausstellung hat die systematische Auswertung dieses einmaligen Quellenfonds erstrangige Bedeutung. Anzumerken ist, daß in diesem Zusammenhang konsequent mit den Methoden der wissenschaftlich-kritischen Analyse gearbeitet werden muß. Nur dadurch können immer wieder auftretende Erinnerungsirrtümer erkannt und kann die Übernahme von individuell bedingten Interpretationsfehlern der Zeitzeugen vermieden werden.

Thema 1: Geschichte des Ortes

Der Ausstellungsschwerpunkt „Geschichte des Ortes“ könnte chronologisch-thematisch in zwei Teile gegliedert werden. Der erste Teil dokumentiert in knapper Form die Historie der Mirbachstraße 1, der späteren Leistikowstraße 1, bis zu ihrer Besetzung im Sommer 1945. Er beschreibt die Baugeschichte und die Architektur des Hauses und gibt einen Überblick über die Tätigkeit des dort angesiedelten Evangelisch-Kirchlichen Hilfsvereins (EKH), der auch Eigentümer des Gebäudes in der Leistikowstraße 2/3 war. Weiterhin werden beide EKH-Objekte im nach der Reichsgründung im Jahre 1871 entstandenen Villenbereich am Neuen Garten verortet. In der Nachbarschaft befanden sich unter anderem die Kaiserin-Augusta-Stiftung für Töchter von Angehörigen des Militärs und des Roten Kreuzes (Albrechtstraße 19/24, heute Am Neuen Garten), die Residenz von Prinz Oskar von Hohenzollern in der Villa Quandt (Große Weinmeisterstraße 47/48) und das Wohnhaus des Theologen Johannes Lepsius, der Tausenden armenischen Waisenkindern das Leben gerettet hat (Große Weinmeisterstraße 45).

Der zweite Teil dieses Ausstellungsschwerpunkts beschäftigt sich mit dem sowjetischen Militärstädtchen Nr. 7. Seine Geschichte beginnt mit der Requirierung eines 16 Hektar großen Areals zwischen Großer Weinmeisterstraße und Albrechtstraße (später Am Neuen Garten) wenige Tage nach der Potsdamer Konferenz im August 1945. Nachdem die

Bewohner und Nutzer innerhalb von Stunden die auf 120 Grundstücken gelegenen Villen verlassen mußten, umgab die sowjetische Militärverwaltung das okkupierte Gebiet mit einer zwei Meter hohen Mauer und Wachtürmen. Die Sperrzone mit eigener Infrastruktur und russifizierten Straßennamen belegten zunächst Oberverwaltungen verschiedener Waffengattungen und Geheimdiensteinheiten. Im Lepsiushaus hatte nun der Objektkommandant des abgesperrten Stadtteils seinen Sitz. Die Villa Quandt wurde später zur Sauna für Offiziere umfunktioniert. 1946 zogen die Militärverwaltungen nach Wünsdorf um. Im Zuge dieser Verlegungen wurde das Städtchen Nr. 7 zum zentralen Wirkungsbereich der UKR (Verwaltung der militärischen Gegenaufklärung) in Deutschland umgestaltet. Am 15. August 1994 übergab die nunmehr russische Armee das Geheimdienstobjekt den deutschen Behörden.

Der Schwerpunkt „Geschichte des Ortes“ eignet sich besonders gut für eine Einführung bzw. Hinführung zu den anderen Themen der Exposition und könnte auch aus diesem Grund im Hauptraum des neugebauten Funktionsgebäudes untergebracht werden. Gleichzeitig ergeben sich durch diese Lokalisierung flächenmäßig bessere Gestaltungsmöglichkeiten für die anderen Ausstellungsschwerpunkte im Gebäude der Leistikowstraße 1.

Thema 2: Die sowjetischen Geheimdienste und das Gefängnis in der Leistikowstraße

Dieser Schwerpunkt beschäftigt sich mit der spezifischen Rolle der sowjetischen Militärabwehr in der SBZ/DDR und informiert über die Entwicklungsphasen ihres Untersuchungsgefängnisses in Potsdam. Dem Thema sollte unbedingt eine Übersicht über die strukturelle Entwicklung der sowjetischen Geheimdienstapparate mit polizeilichen Funktionen vorangestellt werden. Im Anschluß daran informieren Module über die Funktion und Aufgabenstellung der Militärabwehr, charakterisieren den Geheimdienstchef W. S. Abakumow und verweisen auf die Sonderrolle der Militärabwehr in der SBZ/DDR, deren Führung ab 1946 im Augusta-Stift residierte.

Die Geschichte des Untersuchungsgefängnisses der sowjetischen Militärabwehr nimmt im zweiten Ausstellungsschwerpunkt den dominierenden Platz ein. Sie beginnt nach der Besetzung der EKH-Gebäude im Spätsommer 1945. Zunächst wurden die Leistikowstraße 1 wahrscheinlich als Etappengefängnis genutzt und dort Häftlinge nur kurzzeitig „zwischenlagert“. Im Keller der Leistikowstraße 2/3 befanden sich 1945/46 Todeszellen. Hier mußten von Tribunalen zur Höchststrafe Verurteilte auf die Bestätigung ihres Urteils warten. Ab November 1946 wurde die Leistikowstraße 1 durch massive bauliche Eingriffe auf allen drei Stockwerken zu einem Zellengefängnis mit etwa 36 Haftkammern umgestaltet. Die benachbarte Leistikowstraße 2/3 funktionierte man zu einem zusätzlichen Arbeitsbereich für die Vernehmenden um. Nach 1955 veranlaßte die Leitung weitere Umbaumaßnahmen im Gefängnis. Dadurch verlagerte sich der räumliche Nutzungsschwerpunkt der Einrichtung aus dem Keller in die beiden Obergeschosse. Wahrscheinlich ab der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurde die Leistikowsstraße nicht mehr als U-Haftanstalt genutzt. In diesem Ausstellungskomplex sollten mit Hilfe russischer Partner exemplarisch die Biographien von Offizieren der Gefängnisleitung und von denjenigen Beamten vorgestellt werden, die die Verhöre durchgeführt haben.

Thema 3: Wege in die Haft

In diesem Schwerpunkt soll exemplarisch aufgezeigt werden, welche Personen, aus welchen Gründen und unter welchen Umständen verhaftet wurden und von wem. Die in der Leistikowstraße eingelieferten deutschen Häftlinge kamen aus dem gesamten Gebiet der

SBZ/DDR. Einige der Betroffenen hatten zuvor in Westdeutschland oder West-Berlin gelebt. Die Festnahmen erfolgten nach längerer Observierung durch operative Mitarbeiter des MGB und ab 1950 auch durch Mitarbeiter des MfS.

Den Inhaftierten wurden zumeist Spionage und andere politisch motivierte Aktivitäten gegen die Besatzungsmacht unterstellt. Unter ihnen befanden sich Personen, die sich aus unterschiedlichen Motiven gegen die Sowjetisierung der SBZ/DDR aufgelehnt und verschiedene Formen des aktiven Widerstandes praktiziert hatten. Teilweise waren sie in illegalen Gruppen organisiert. Bekannt sind bisher die „Teschner“-Gruppe, die Spionagegruppe um Hans Erdler und eine Gruppe aus Meuselwitz. Neben den deutschen „Spionen“ saßen hier außerdem eine große Anzahl von Emigranten aus dem untergegangenen Zarenreich, russische und ukrainische ehemalige Zwangsarbeiter und insbesondere sowjetische Militärangehörige in Untersuchungshaft. 1954 befand sich der letzte Deutsche im Gewahrsam der militärischen Spionageabwehr. Danach war die Leistikowstraße eine zentrale Einrichtung der Repression gegen politisch Andersdenkende und -handelnde innerhalb der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland. Die Insassen kamen aus verschiedenen sowjetischen Garnisonsorten der DDR. Haftgründe waren zum Beispiel kritische Äußerungen zum sozialistischen Alltag in der UdSSR und in der Sowjetarmee, das Hören westlicher Radiosender oder der politisch motivierte Fluchtversuch in Richtung Westen. Unbekannt ist, ob in der Leistikowstraße auch sowjetische Soldaten und Offiziere wegen krimineller Vergehen inhaftiert waren. Angesichts der Tatsache, daß politische Verfolgung und Alltagskriminalität in der Sowjetarmee in der Geschichtsaufarbeitung des offiziellen Rußlands – auch wegen unübersehbarer aktueller Bezüge – noch immer mit einem Tabu behaftet sind, erhält dieser Teil der Ausstellung einen beispielhaften und einmaligen Charakter. Gleichfalls gilt es zu berücksichtigen, daß die Phase, in der das Lager nur mit sowjetischen Häftlingen belegt war, mehr als Zweidrittel des Zeitraums der gesamten Gefängnishistorie einnimmt.

Thema 4: Haftbedingungen und Verhöre

Dieser wichtige Ausstellungsschwerpunkt behandelt den oft intensivsten und sehr nachhaltig wirkenden Abschnitt aus der langjährigen Haftgeschichte vieler Betroffener. Die Haftbedingungen und die Verhörmethoden in der Leistikowsraße hatten das Ziel, die Gefangenen systematisch zu demoralisieren, zu entmutigen und schließlich gnadenlos ihren Willen zu brechen. In der Exposition soll verdeutlicht werden, daß unter anderem ungeheizte Zellen, ständige künstliche Beleuchtung, ununterbrochenes Eingesperrtsein (es gab keinen Hofgang), katastrophale hygienische und sanitäre Gegebenheiten sowie brutales Wachpersonal zum typischen Haftalltag gehörten. Die Verhöre wurden vorwiegend im Gebäude der Leistikowstraße 2/3 und im Obergeschoß des Gefängnisses durchgeführt. Um Schlafentzug als Druckmittel einsetzen zu können, begannen sie erst nach 22 Uhr. Die verhörenden Beamten beschimpften, erniedrigten und mißhandelten die Gefangenen. Viele Häftlinge wurden zur Geständniserpresung in Steh- und Wasserzellen gefoltert. Nach 1955 kam es durch Umbaumaßnahmen zur Verbesserung der Haftbedingungen. Das betraf insbesondere hygienische und sanitäre Grundstandards. Im Hof wurden mehrere Freiganghöfe errichtet. Zu den Neuerungen gehörte auch der Bau zweier Karzerzellen im Erdgeschoß und unter einer Treppenschräge. Hinsichtlich der Verhöre, über die in dieser Phase sehr wenig bekannt ist, kann man davon ausgehen, daß die Vernehmenden in der Leistikowstraße die sowjetischen Gefangenen auch weiterhin mit Schlägen traktierten.

Für den Ausstellungsschwerpunkt Haftbedingungen ist das authentische Gebäude des

ehemaligen Gefängnisses das eigentliche, dominante Ausstellungsobjekt. Dabei steht die Kelleretage in ihrem jetzigen Zustand für den Zeitabschnitt 1947 bis 1954. Die beiden Oberetagen zeugen im wesentlichen vom Gefängnisalltag während der sowjetischen Belegungsphase ab 1955. Den Besuchern sollte nach Möglichkeit der gesamte Keller – das eigentliche Kernstück der Gedenkstätte –, das Erdgeschoß, einzelne Haftzellen im Obergeschoß, die Karzerzellen sowie der Wasch- und Toilettenraum und die Krankenstation gezeigt werden. Erstrangige Informationen über den Haftalltag und das Schicksal der Gefangener enthalten die besonders schutzwürdigen Wandinschriften, Zeichnungen und „Graffiti“ in den Zellen und Gängen des Kellers. Es sollte nach Mitteln und Wegen gesucht werden, um wenigstens einzelne der denkmalgeschützten Ritzungen den Besuchern präsentieren zu können.

Vom Einsatz anderer Ausstellungselemente der Ebene 2 ist in der Kelleretage abzusehen. Überlegenswert ist jedoch, ob man nicht einzelne Zellen namentlich bekannten Gefangenen zuordnet und sie entsprechend kennzeichnet. Eine derartige Markierungsvariante wäre auch für die Haftkammern in den beiden Obergeschossen denkbar. Es wird empfohlen, möglichst in einem Raum des ersten Stockwerkes die überlieferten authentischen Metallbetten und Beistelltische aufzustellen, die für die Haftperiode nach 1955 typisch waren.

Thema 5: Verurteilung und Strafvollzug

Dieser Schwerpunkt setzt sich mit der Militärgerichtsbarkeit und der Exekution der Strafe auseinander. In der Regel endete der Zwangsaufenthalt in der Leistikowstraße mit der Entscheidung einer sowjetischen Gerichtsinstanz. Die Urteile fällten sowjetische Militärtribunale in der ehemaligen Kapelle der Kaiserin-Augusta-Stiftung. In einigen Fällen verhängte die Sonderberatung des Ministeriums für Staatssicherheit in Moskau Fernurteile. Die formaljuristische Grundlage für die Urteilsfindung und das Strafmaß bildete der Paragraph 58 des Strafgesetzbuches der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik. Die deutschen Untersuchungsgefangenen wurden vorwiegend wegen „Spionage“ zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Ab Anfang 1950 verhängten die Gerichtsinstanzen auch wieder die Todesstrafe.

Alle bisher bekannten deutschen Todeskandidaten sollten in Wort und Bild dokumentiert werden. Gleichfalls ist in diesem Ausstellungsteil zu verdeutlichen, daß die Leistikowstraße eine wichtige Verbindungsstelle zu den sowjetischen Speziallagern in der SBZ und zum GULag-System in der Sowjetunion war. Von hier aus begann in der Regel ein langjähriger Leidensweg durch die verschiedenen Haftorte. Exemplarisch könnte auf die Lager Bautzen, Torgau und Sachsenhausen und auf die Lagersysteme Inta, Potma und Workuta verwiesen werden. Ab 1950 waren unter anderem die Zuchthäuser Brandenburg und Hoheneck Haftstationen. Die inhaftierten sowjetischen Militärangehörigen wurden vorwiegend wegen „Landesverrat“ verurteilt. Viele von ihnen kamen in das Lager für politische Gefangene Perm 36.

Thema 6: Entlassung und Leben nach der Haft

Die Haftentlassung der deutschen Verurteilten – für die Betroffenen selbstredend ein emotional hochrangiges Ereignis – erfolgte im Verlauf der fünfziger Jahre. Über die Hälfte der Tribunalverurteilten in den Zuchthäusern der DDR erlangte durch Gnadenerlaß und Strafaussetzung die Freiheit wieder. Zwischen 1953 und 1955 kehrte auch die Mehrzahl der Häftlinge aus den Arbeitslagern in Sibirien zurück.

Die meisten ehemaligen Untersuchungsgefangenen der Leistikowstraße ließen sich in die Bundesrepublik entlassen oder flohen kurze Zeit später aus der DDR in den Westen. Dort wurden sie als politisch Verfolgte anerkannt und erhielten entsprechende Entschädigungen. Manche engagierten sich in Häftlingsverbänden. Betroffene, die in der DDR blieben, mußten dagegen über ihre Hafterlebnisse schweigen und wurden mitunter vom MfS überwacht. Erst nach dem Untergang des SED-Regimes und der Wiedervereinigung konnten die Ostdeutschen ihr Schweigen brechen und Leistungen des Häftlingshilfegesetzes in Anspruch nehmen. Für viele ehemalige Verurteilte war es eine späte Genugtuung, als sich in den neunziger Jahren schließlich auch die russische Seite bereit erklärte, die politische Verfolgung als solche anzuerkennen. Für die verurteilten sowjetischen Militärangehörigen stand nach der Haftentlassung die Existenzsicherung im Vordergrund. Eine öffentliche Auseinandersetzung mit dieser Repressionsgeschichte war erst nach Beginn der „Perestroika“-Zeit und nur bei den eindeutig politischen Fällen möglich. Neben der Veranschaulichung der genannten Sachverhalte sollte hier auch gezeigt werden, wie die Betroffenen mit ihren Hafterlebnissen umgegangen sind und diese verarbeitet haben.

Thema 7: Sowjetische Besatzungstruppen in der SBZ/DDR und Soldatenalltag

Dieser Schwerpunkt umreißt die quantitative und qualitative Dimension der sowjetischen militärischen Besetzung in Ostdeutschland mit Konzentration auf den Zeitraum ab Mitte der fünfziger Jahre und beschreibt ausgewählte Aspekte des Soldatenalltags der sowjetischen Wehrpflichtigen. Für die meisten Armeeangehörigen der untersten Dienstgrade, die ab Mitte der siebziger Jahre eine zweijährige Wehrpflicht ableisten mußten, herrschten in den Kasernen unerträgliche Lebens- und Dienstbedingungen. Dazu gehörten neben der alltäglichen Willkür und den Mißhandlungen durch Vorgesetzte die lange Trennung von den Angehörigen, der fehlende rechtliche Anspruch auf Urlaub oder Ausgang, die Unterbringung in Massenunterkünften sowie die mangelhafte Verpflegung. Zusätzlich zu den erwähnten Gegebenheiten vergiftete die in der sowjetischen und russischen Armee traditionelle Schikanierung der Soldaten aus den jüngeren Diensthalbjahren durch ältere Wehrpflichtige das Soldatendasein. Viele der jungen Männer empfanden den Armeedienst verstärkt durch die spezifischen Faktoren der Stationierung im weit entfernten Ausland deshalb als eine Art der Freiheitsberaubung. In dieser Situation gab es unter den Soldaten in der DDR immer wieder Verzweiflungstaten und Desertionen. Einige hatten politische Motive und versuchten in den Westen zu gelangen. Andere wollten den unsäglichen Lebensumständen in den Kasernen entkommen oder einfach nach Hause zurückkehren. Diese Situation bildete dann auch den Nährboden für eine Reihe krimineller Straftaten. Dieser Schwerpunkt knüpft an die Informationen über das Städtchen Nr. 7 im ersten Gestaltungsschwerpunkt an und vertieft diese bezogen auf das heutige Land Brandenburg. Angesichts der defizitären Quellenlage über das Gefängnis und seine Insassen ab 1955 wird er als notwendig angesehen, um Hintergründe aufzuzeigen, die mit der Untersuchungshaft der sowjetischen Militärangehörigen in der Leistikowstraße in engem Zusammenhang stehen.

Abschließend plädiert der Autor dieser Zeilen dafür, daß Vertreter von Opfer- und Interessenverbänden sowie von Aufarbeitungsinitiativen in die Vorbereitung einer künftigen Dauerausstellung in der Leistikowstraße einbezogen werden und nicht nur als Feigenblätter in diversen Aufsichtsgremien herhalten müssen. In diesem Kontext wäre es wünschenswert, wenn auch die Leitung der Gedenk- und Begegnungsstätte zu gegebener Zeit ihre Überlegungen für ein Ausstellungskonzept zur Diskussion stellen würde.